

## Litauen

WIM VAN MEURS

Während die Fusion der Litauischen SDP mit der Demokratischen Arbeiterpartei (LDDP) Anfang 2001 die Position des Ex-Präsidenten und Oppositionsführers Algirdas Brazauskas stärkte, musste Premierminister Rolandas Paksas zur gleichen Zeit zwei Minister auswechseln und trat im Juni 2001 wegen Uneinigkeiten über die Privatisierung und Umstrukturierung von Großindustriebetrieben zurück. Die neue Zentrum-Linksregierung aus LSDP und Neue Union unter Brazauskas versprach einen Ausbau der Sozialpolitik. Seitdem ist besonders die rechte Hälfte des Parteienspektrums mit etlichen Fusionen, Spaltungen und Neugründungen in Fluss geraten. Kommunal- und Präsidentschaftswahlen sind für Dezember 2002 angesetzt.

### *Vorbereitungen für den EU-Beitritt*

Obwohl Litauen politisch und wirtschaftlich auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) aufgeholt hat, monierte der Fortschrittsbericht im November 2001 nach wie vor Defizite in der öffentlichen Verwaltung, im Rechtssystem sowie in der Bekämpfung von Korruption und Arbeitslosigkeit. Ab dem 2. Februar 2002 ist der currency board der Litas nicht länger an den US Dollar, sondern an den Euro gekoppelt. Beim Schließen der Verhandlungskapitel und bei der Umsetzung gehört Litauen ohne Zweifel zu den ersten Kandidaten.

Stolperstein der ansonsten aussichtsvollen Beitrittsverhandlungen ist nach wie vor das AKW Ignalina mit zwei Blöcken nach dem Chernobyl-Modell. Nach der Geberkonferenz Mitte 2000 drängte die EU darauf, auch für den zweiten Block das Schließungsdatum noch vor dem Beitritt festzulegen (spätestens 2009).<sup>1</sup> Für Litauen bedeutet Ignalina aber nicht nur eine gewisse Unabhängigkeit von russischen Energieträgern, sondern auch einen erheblichen Faktor im Export, sodass auch Brüsseler Versprechen einer Beteiligung an den Schließungskosten nicht ausreichen.

Umfragen zeigen bei der litauischen Bevölkerung ein positiveres Bild von EU und NATO als in Estland und Lettland. Die Zustimmung zum EU-Beitritt stieg von 40% (Mitte 2000) auf 53% (Febr. 2001) und 48% (Dez. 2001). Die Zahl der Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft stieg ebenfalls von 35% auf 64%.

### *Wirtschaft und Handel*

Trotz solider Wachstumsraten wie z.B. eine Steigung von fast 6% beim BSP, 14% bei den Auslandsinvestitionen und 21% im Exportvolumen im Jahr 2001 gibt es nach wie vor eine hohe, aber sinkende Arbeitslosigkeit: Über 16% im August 2001

und 12% ein halbes Jahr später.<sup>2</sup> Die Regierungsversprechen einer sozial abgeforderten Transformation kollidieren immer wieder mit den Vorstellungen von EBRD und IWF einerseits und mit den begrenzten Möglichkeiten des Staatshaushalts andererseits. Nicht zuletzt auch aus wirtschaftlicher Sicht besorgniserregend ist die demographische Entwicklung: Die Bevölkerung Litauens ist seit 1989 um 5% geschrumpft, besonders in den Städten, obwohl gleichzeitig auch der Anteil des Agrarsektors am BSP merkbar zurückgegangen ist.

Die Privatisierung der Großindustrie sorgte auch in Litauen für politischen Zündstoff. Die mühsame Privatisierung der LISCO-Schiffahrtsgesellschaft und der Gaswerke Lietuvos Dujos wurden überschattet vom komplizierten Tauziehen um das verlustbringende Mazeikia Nafta. Raffinerie und Terminal in Butinge sind mehr als bedeutsam für die litauische Volkswirtschaft, wurden aber von der US-Firma Williams Int. betrieben und von LUKoil beliefert. LUKoil nutzte die Öllieferungen per Pipeline, um Mazeikia Nafta und den litauischen Staat unter Druck zu setzen, bis sie von ihrem Konkurrenten YUKOS ausgestochen wurde.<sup>3</sup> Gleichzeitig nutzte Oppositionsführer Brazauskas dies als Exempel für die Vernachlässigung der nationalen Interessen durch die Regierung bei der Privatisierung bzw. „Verscherbelung“ strategischer Staatsbetriebe. Andererseits erhielt Gazprom tatkräftige politische Unterstützung aus Moskau bei ihrem Streben nach einer Beteiligung an den litauischen Gaswerken. Aus strategischen Überlegungen akzeptierte die litauische Regierung Gazprom als langfristigen Lieferanten und bevorzugte deutsche Firmen als Investoren.

### *Regionalkooperation und Russland*

Abgesehen von der baltischen und Ostsee-Kooperation ist die russische Enklave Kaliningrad eine Kernfrage der litauischen Kooperationspolitik. In aktiver Unterstützung der EU-Politik für die strukturschwache Region, die nach der Osterweiterung 2004 durch die Schengengrenzen Litauens und Polens von Russland abgeschnitten sein wird, setzt sich Vilnius mit einem Kooperationsrat und einem Parlamentarierforum für Unterstützungsprojekte ein, ohne dabei Eigeninteressen wie die Ratifizierung des Grenzvertrags durch die russische Duma zu vergessen. Russische Forderungen (gekoppelt an die Grenzvertragsratifizierung) nach visafreiem Transitverkehr gen Kaliningrad oder gar Transitkorridore wurden dagegen in enger Absprache mit Warschau streng zurückgewiesen:<sup>4</sup> Litauen wird gemäß dem Schengener Abkommen zum 1. Januar (für Belarussen und Ukrainer) bzw. 1. Juli 2003 (für Kaliningrader) an der Grenze zu der Enklave die Visumpflicht einführen.<sup>5</sup> Neben der unmittelbaren Kooperation mit Tallin und Riga ist somit für Vilnius auch Polen ein wichtiger Partner - nicht nur wegen der Kaliningrad-Frage, sondern auch z.B. im Sicherheitsbereich mit dem gemeinsamen LITPOLBAT Batallion.

### Anmerkungen

1. ELTA (07.03.01).

2. Newsfile Lithuania 67 (20.05.2002).

3. Newsfile Lithuania 69 (03.06.2002).

4. BBC News online (03.05.2002).

5. RFE/RL Baltic States Report 2/2 (22.01.01), 2/10 (24.04.01) und 2/5 (12.03.01).